

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig ohne Stimmenthaltungen:

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, mit dem Land und dem Bund Verhandlungen aufzunehmen, damit die zur Zeit vorhandenen Mittel für die Schulsozialarbeit auch nach den Jahren 2013 und 2014 weiterhin zur Verfügung stehen. Ebenso sollen entsprechende Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt werden.

Der Stadtrat fordert die Bundes- und die Landesregierung Rheinland- Pfalz auf, die Schulsozialarbeit als kohärenten und integralen Bestandteil der Bildungspolitik anzuerkennen und auf dieser Grundlage die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Länderebene auf eine dauerhafte, kontinuierliche und verlässliche Finanzierung der Schulsozialarbeit an allen Schulen zu gewährleisten.